

Eine solche Note würde zweifellos in der ganzen Welt durchschlagenden Eindruck gemacht haben und würde dem Hin- und Hergerede und Hin- und Hergeschreie ein Ende machen.

Säßen die verbündeten Regierungen die Konferenz abgelehnt, so würde das Odium des Scheiterns der Verhandlungen vor der öffentlichen Meinung der Welt, insbesondere vor Amerika, ganz bei unseren Gegnern gelegen haben. Rahmen die Verbündeten die Einladung zur Konferenz an, so war Deutschland mit einem Schlage nach außen hin wieder in der Rolle einer gleichberechtigten Verhandlungsmacht. Freilich wäre Voraussetzung für ein solches Vorgehen ein klarer außenpolitischer Wille auf Seiten der deutschen Regierung gewesen. Ein solcher Wille ist aber weder aus der Note noch aus den Erklärungen der Regierung im Reichstag ersichtlich. Die ganze Tendenz der Regierung geht im gegenwärtigen Augenblick nur dahin, die Türen zum Verhandlungszimmer offen zu lassen, aber nicht dahin, die Gegner zur Entscheidung über ganz bestimmte außenpolitische Programmpunkte zu zwingen. Stresemann erweist sich wieder als der Akrobat, als welcher er von der französischen Presse schon früher gekennzeichnet wurde, der nach allen Seiten hin zu lebenswichtigen Verrentungen fähig ist, aber nach keiner Seite hin zu einer klaren Tat. Aber aus der Debatte des Reichstags ist eine solche Zielsetzung nicht zu gewinnen auch hier das übliche Bild des Herumdrehens um die Probleme und nicht das Suchen oder Finden einer bestimmten orientierten Außenpolitik.

Evening Post über die Sicherheitsnote.

New York, 24. Juli. In einer Besprechung der deutschen Note zur Sicherheitsfrage schreibt 'Evening Post': Die Note plädiert in geschickter Weise für die Wiederanerkennung Deutschlands als gleichberechtigter Macht. Sie gehört zu einer langen Reihe von Schritten, welche darauf hinzuliegen, das Versailles Vertragsystem durch ein Uebereinkommen zu ersetzen, wodurch auch Deutschlands Wort und Unterschrift als vollwertig anerkannt wird und nicht als ein Versprechen, dessen Ausführung man nur unter äußerem Druck erwarten kann. Deutschland wünscht ein Entgelt für die Annahme eines Abkommens, welches zweifellos ebenso vorteilhaft für Deutschland ist wie für irgendeine andere Nation. Sowohl Deutschland wie auch Frankreich haben ein Interesse an der Abschließung des Sicherheitspaktes. England und die Vereinigten Staaten sind besorgt um den Erfolg der Verhandlungen und man sagt daher nicht zuviel, wenn man erwartet, daß die bestehenden Differenzen überdrückt werden und schließlich ein Abkommen getroffen wird.

Deutsche Gegenmaßnahmen gegen die polnischen Optantenausweisungen.

Die polnische Regierung hat trotz aller Versuche deutscher Amtsstellen, in der Optantenfrage eine mildere Handhabung zu erreichen, namentlich mit der zwangsweisen Ausweisung der ersten Gruppe von Optanten begonnen. Es handelt sich hierbei um rund 35 000 Klein- und Gewerbetreibende und Handwerker, die feinerzeit ihre Stimme für Deutschland abgaben und die nun am 1. August über die Grenze nach Deutschland abgeschoben werden.

Die deutsche Regierung hat in der Frage der Optanten immer die Auffassung vertreten, daß die Optanten zwar das Recht haben sollen, ihren Wohnsitz nach dem Lande zu verlegen, für das sie optiert haben, daß sie jedoch nicht gezwungen werden sollten. Die polnische Regierung dagegen verlangte die Abwanderung. Nachdem feinerzeit dann der Präsident des internationalen Schiedsgerichtes Kaadenbeck seine Entscheidung gegen die deutsche Auffassung gefällt hatte, hat die Reichsregierung nichts unversucht gelassen, wenigstens eine Milderung der Zwangsmaßnahmen herbeizuführen, durch die Tausende von Existenzen vernichtet werden sollten. Alle Bemühungen sind jedoch ergebnislos geblieben. Denn am 1. August beginnt die polnische Regierung mit dem Abtransport der 35 000 Personen an die deutsche

Grenze. Es ist selbstverständlich, daß innerhalb dieser kurzen Frist diese Leute kaum noch die Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut in Polen wenigstens einigermaßen vorteilhaft zu veräußern.

Gegenüber diesen drakonischen polnischen Zwangsmaßnahmen hat die deutsche Regierung zu Gegenmaßnahmen greifen müssen. Es werden alle in Deutschland weilenden polnischen Optanten, etwa 8 bis 10 000 Personen, am 1. August mit Extrazügen an die polnische Grenze gebracht und dort den polnischen Behörden übergeben werden.

Die Verantwortung für diese deutsche Abwehrmaßnahme fällt einzig und allein auf die polnische Regierung, die diese zwangsweise Völkerwanderung veranlaßt hat.

Beschlagnahme von 2500 Aktien aus deutschem Besitz.

Antwerpen, 24. Juli. Die belgische Regierung hatte gegen die Binnenschiffahrtsgesellschaft in Fluviale, deren Aktien vor dem Kriege zu großem Teil in deutschem Besitz waren, einen Prozeß angestrengt, in welchem sie die Beschlagnahme von 2500 Aktien der Gesellschaft beantragte. Das Gericht erster Instanz hat gestern das Urteil gefällt und die Beschlagnahme der 2500 streitigen Aktien angeordnet.

Die Industriellen von Vorarlberg für den Anschluß Österreichs an Deutschland.

Bindau, 24. Juli. Der Verband der Industriellen von Vorarlberg sagte in seiner Vollversammlung eine Entschliessung, in der es heißt, es unterliege keinem Zweifel, daß die österreichische Wirtschaftskrise eine der Folgen der durch den Friedensvertrag künstlich geschaffenen, die wirtschaftliche Existenzfähigkeit nicht berücksichtigenden Grenzen Österreichs ist. Österreich sei weder politisch noch wirtschaftlich selbständig. Die Absatzgebiete der österreichischen Industrie seien heute zum größten Teil im Ausland, und einen Zollverein mit diesem zu schließen, wäre von sehr fraglichem Werte. Eine politische Union mit diesen Staaten sei ausgeschlossen. Es bliebe nur noch der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet, der Anschluß an das Deutsche Reich. Die Industriellen Vorarlbergs fordern die Regierung und die Wirtschaftsvertreter Österreichs auf, die Experten des Völkerbundes auf diese Tatsache mit dem ihrer Mitgliedschaft entsprechenden Nachdruck hinzuweisen.

Gegen die Gleichberechtigung der Frauen.

Der Reichstag entschied gestern in dritter Lesung über den Artikel 14 der Novelle für Personal-Abbauverordnung, durch den verheiratete Beamtinnen schlechter gestellt werden sollen als ihre männlichen Kollegen. In zweiter Lesung war diese Bestimmung durch eine Pauschalmaßnahme gestrichen worden. Auf Antrag der Regierung stimmten gestern sämtliche Koalitionsparteien für die Wiederherstellung des Artikels 14, so daß 232 Stimmen mit Ja, 155 Stimmen mit Nein und in der Schlussabstimmung 236 Stimmen mit Ja und 156 mit Nein abgegeben wurden. Ob damit die neue Vorlage Gesetz geworden ist, bleibt abzuwarten, denn nach Auffassung der gesamten Oppositionsparteien im Reichstag einschließend der Demokraten handelt es sich um ein verfassungswidriges Gesetz, das den Frauen die durch die Weimarer Verfassung garantierte politische Gleichstellung nehmen würde. Die für verfassungsändernde Gesetze notwendige Mehrheit ist aber bei den Abstimmungen sowohl über den § 14 wie über die ganze Vorlage nicht erreicht worden. Es ist anzunehmen, daß zur Entscheidung darüber, ob eine Verfassungsänderung vorliegt, der in der Reichsverfassung für solche Fälle vorgesehene Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angerufen werden wird.

Spielzeug und die Schöpferkraft des Kindes.

Von Franziska Otto.

Immer wieder begegnet man im Leben der Behauptung, daß ein Uebermaß von Spielzeug die Phantasie und schöpferische Kraft des Kindes lähme. Man ist der Ansicht, daß ein Kind, dem man zu viel schenkt, notwendig unglücklich und blasiert werden müsse.

Der Ansicht bin ich nicht. Als Mutter von sechs Kindern, hauptsächlich Töchtern, die von einem großen Verwandtenkreis für gewöhnliche Begriffe fast überreich bedacht worden sind, mit schönem Spielzeug glaube ich Erfahrung genug zu haben, um den Versuch wagen zu dürfen, Ursache und Berechtigung der obigen Behauptung zu suchen, und zu widerlegen.

Als erstes und wichtigstes möchte ich sagen, daß nicht das Was und Wieviel beim Spielzeug es ist, was so abtölpelnd auf viele Kinder wirkt, sondern da Wie. Selten wird ein Kind frei schalten und walten dürfen mit dem, was ihm doch als Eigentum übergeben worden ist. Man verlangt, daß es die Sachen vorsichtig behandle, nicht zerstöre und zwingt es möglicherweise sogar, nur an bestimmten Tagen mit den „neuen“ Sachen sich zu beschäftigen.

In sehr vielen Fällen ist es üblich, Spielzeug wegzuschleppen und nur an Sonn- und Feiertagen heraus zu geben. Man denke an dem Staatspuppenwagen, den die Kleinen und Kleinsten Mädchen meist gleichgültig, oft aber auch unglücklich in den Anlagen hinstellen fahren. Konserviertes Spielzeug ist Spielzeug der Erwachsenen, aber nicht der Kinder. Was näher uns Dinge, die Generationen überdauern? Sie sind dann vielleicht Museumstücke haben aber keine organische Beziehung mehr zum Kinde.

Die erste Bedingung also, wenn man dem Kind die Freude an seinen Sachen erhalten will, ist, daß man sie ihm

wirklich überläßt, daß man ihm das Recht räumt, sie nach eigenem Ermessen zu benutzen, zu beschadigen und, ganz konsequenterweise auch, sie zu zerstören.

Das klingt vielleicht etwas bedrohlich; ich bin aber der Ansicht, daß der Zerstörungstrieb im Kinde gar nicht so groß ist, wie man gemeinhin behauptet. Frankhafte Veranlagung stehen natürlich außerhalb.

Es dürfte auch nicht so viel unsoliden Spielzeug geben. Man sollte lieber weniger und teurer, aber sehr solide anfertigen. Ich habe selbst mir vom Tischler einiges nach eigenen Angaben anfertigen lassen und dann mit Lackfarben angestrichen und dieses ist das einzige Spielzeug, was sich bis jetzt erhalten hat, obwohl es in jeder erdenklichen Weise be- und stellenweise auch miß- — handelt wird.

Es wäre noch zu erörtern, was man unter Zerstören versteht. Wenn zum Beispiel mein Vetter den Unterbau der kleinen Blechbahnen nimmt und sich darauf aus Kartonpapier selbst gefertigte elektrische aufbaut, hat er dann wirklich zerstört?

Ich meine nicht. Und wenn er die Räberpaare in kleine Flugmaschinen einbaut, schadhafte Widerbücher zu Brückenbauten verwendet und dergleichen mehr. Hier handelt es sich ja vorzugsweise um die billigen kleinen Blechbahnen, aber auch wertvolleres fällt mitunter diesem Baubtrieb zum Opfer. Wie aber habe ich erlebt, daß sie etwas zerstört hätten nur damit es entzwei sei; sie haben immer irgend etwas damit angefangen. Es mag nicht jedesmal geplatzt sein, jedoch war die Absicht immer gut.

So wie ein sehr schönes Haus, das man nicht bemohnt, seinen Zweck schließlich verfehlt, so geschieht es auch mit dem Spielzeug. Erst durch die Freude und die Benutzung wird Spielzeug. Die Zeit zerstört ja doch in längerer oder kürzerer Frist, außer dem würde, wenn wir alles konservieren wollten, die Welt bald zu voll. Ich bin selbst nicht allzu traurig gewesen, wenn Spielzeug andramatisiert werden mußte,

Frankreichs Schulden an England.

Paris, 24. Juli. Davos meldet aus London: Die englische Regierung ist gestern durch den französischen Botschafter von der Entsendung von französischen Sachverständigen nach London in Kenntnis gesetzt worden, die mit den Sachverständigen des englischen Schatzamts die Besprechungen über die Regelung der Schuldenfrage wieder aufnehmen sollen. Wenn auch noch nichts entschieden ist, so ist es doch wahrscheinlich, daß die Sachverständigen nächsten Dienstag im Schatzamt zusammen treten und ihre Beratungen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag fortsetzen würden.

Verpachtung des polnischen Zündholzmonopols.

Warschau, 24. Juli. Gestern erfolgte hier die Unterzeichnung eines Vorvertrages zwischen der polnischen Regierung und der International Match Corporation über die Verpachtung des polnischen Zündholzmonopols. Demzufolge wird der genannte Trust in Polen mit einem Kapital von 5 Millionen Floty eine Aktiengesellschaft gründen, die von der Regierung auf 20 Jahre das Zündholzmonopol pachten wird. Die Aktiengesellschaft wird sich verpflichten, zum Anlauf der Privatfabriken 5 1/2 Millionen Dollar und, wenn erforderlich, mehr beizusteuern und eine Kalkfabrik in Polen zu errichten. Weiterhin wird die Gesellschaft dem polnischen Staate eine in 20 Jahren rückzahlbare ed. pari-Anleihe von 8 Millionen Dollar zu einer jährlichen Verzinsung von 7 Prozent gewähren.

Argentinisch-bolivianische Grenzregelung.

Berlin, 24. Juli. Nach einer bei der hiesigen Gesandtschaft von Bolivien eingegangenen telegraphischen Nachricht ist zwischen dem Minister des Auswärtigen Días de Medina und dem argentinischen Gesandten Carrillo in La Paz ein Vertrag unterzeichnet worden, der die seit langer Zeit schwebenden bolivianisch-argentinischen Grenzstreitigkeiten regelt und beilegt.

Aus Stadt und Land.

Aue, den 25. Juli 1925.

Die Bautätigkeit im Monat Mai 1925.

Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.

Zur Freistadt Sachsen wurden im Monat Mai 497 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 72, Chemnitz 94, Dresden 121, Leipzig 84 und Zwickau 146. Diese 497 Neubauten, von denen 465 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1229 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 110 Baugenehmigungen für Ums-, An- und Aufbauten mit insgesamt 148 Wohnungen erteilt, von denen eine ein Not- und Behelfsbau mit einer Wohnung sein wird.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 204 Neubauten mit 437 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 130 mit einem und 49 mit zwei Wohnzimmern, und unter den Wohnungen drei mit zwei, 132 mit drei, 180 mit vier und 75 mit fünf Wohnungen. 195 Neubauten waren Wohnhäuser, von denen 121 nur eine Wohnung, 34 zwei Wohnungen enthielten, also Ein- bzw. Zweifamilienhäuser waren. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 108 gemeinnütziger Art. Durch Umbauten wurden 63 Wohnungen gewonnen, darunter drei durch Not- und Behelfsbauten.

An Gebäudeabgängen waren im vergangenen Monat acht Häuser mit 27 Wohnungen zu verzeichnen, so daß die Verteilung insgesamt einen Zuwachs von 473 Wohnungen (Monat Mai 1924: 233) erbrachte; davon entfielen auf die Städte Chemnitz 21, Dresden 74, Leipzig 116, Plauen 3 und Zwickau 7.

Sächsischer Lebenshaltungsindex. Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtindexziffer der Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung,

ten, denn sonst hätte ich mühsamer wirklich nicht gewußt, wozu noch mit dem neuen Besitzen.

Trotz der schönsten Ueberwert-Erfahrungen aber sind meine Kinder immer wieder zurückgekehrt zu ihren aus primitiven Holzlöchern gefertigten, den aus ungehöbsten Brettern, Fesestreifen und dergleichen gefertigten Schiffsen. Eine unendliche Erfindungs-gabe haben sie da offenbart und sich stunden- und tagelang beschäftigt, zugleich ihre Fingerfertigkeit bedeutend geübt. So meine ich, ist auch ökonomisch diese Spielzeugherstellung nicht als Verlust zu buchen. Das man über verunglückendes Spielzeug nicht schelten darf, ist wohl selbstverständlich, denn derartige Sach haben wir Erwachsenen selbst häufig genug.

Ich möchte noch bemerken, daß ich meine Kinder durchaus nicht für besonders veranlagt oder begabt halte; sie sind nur unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen und in ziemlicher Freiheit aufgewachsen, haben nie eine öffentliche Schule besucht und immer sehr viel freie Zeit gehabt. Was sie in die Hände bekommen an Spielzeug wurde ihnen auch bedingungslos überlassen und nach meiner Beobachtung kamen sie mit der Zeit selbst dazu, sich einiges zu verwahren und besonders vor den Kleinen, Geschwistern zu sichern. Spielzeug, besonders selbstgefertigtes, das ihrer Entwicklung nicht mehr angemessen ist, geben sie meist freiwillig und demütig zur Zerstörung den Kleinen und lassen so auf natürliche Weise für ihre neuen Werke. Das wir sie, soweit es in unserem Vermögen steht, mit Rohmaterial unterstützen, ist selbstverständlich. Ummengen von Degrün werden angefordert, ebenso Kartonpapier, Buntpapier, Nagel, Nadeln und Draht. Und immer haben wir, wenn wir zur Betrachtung neu entstandener Werke gerufen wurden, herzlichste Freude gehabt an der Phantasie und der ständig wachsenden Geschicklichkeit unserer Kinder.

Diese Freude aber, meine ich, überwiegt bei Weitem die über einen Schrank voll tabellarisch erhaltenen Spielzeug.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.